



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 27

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 30. November 2023

Wohnbauförderung rauf, Arbeitslosigkeit am Bau runter!

Österreich hat in den letzten Jahren einen beispiellosen Wohnbauboom erlebt. Aus den Statistiken zu den Baubewilligungen ist absehbar, dass dieser zu Ende geht. 2022 gab es nur mehr knapp 59.000 Baubewilligungen. In den Jahren 2017 bis 2021 waren es im Durchschnitt 80.000 gewesen. Die bereits verfügbaren Daten für das erste Quartal 2023 zeigen einen weiteren Rückgang.

Neu an diesem Bauboom war auch, dass der Großteil der Wohnungen ohne Wohnbauförderungsmittel errichtet wurde. Das größere Angebot hat aber nicht zu niedrigeren Preisen geführt. Im Gegenteil: Die Mieten und Wohnungspreise am freien Markt sind weiter gestiegen und auf Rekordhöhen. Eine Hauptursache dafür ist, dass in den letzten Jahren viel zu viele Wohnungen nicht für den Wohnbedarf, sondern für Veranlagungsbedürfnisse gebaut wurden. Die gewerbliche Immobilienwirtschaft hat Betongold statt leistbaren Wohnraum produziert.

Es ist absehbar, dass die Bautätigkeit ab 2024 weiter deutlich zurückgehen wird. Das wird bezüglich des Problems der hohen Baukosten eine Linderung bringen. Allerdings droht Arbeitslosigkeit am Bau. Ferner ist klar, dass die Zinsen und damit die Finanzierungskosten im Wohnbau so schnell nicht wieder sinken werden. In einer Situation wie dieser bringen höhere Wohnbauförderungsausgaben eine Reihe von Vorteilen:

- Arbeitsplätze werden gesichert und die Auftragslage in der Bauwirtschaft wird stabilisiert.
- Die Wohnungen werden spürbar günstiger, weil weniger Zinszahlungen an Banken geleistet werden müssen.
- Die Ökobilanz wird besser, weil geförderte Wohnungen tatsächlich bewohnt werden und nicht als betonierte Sparbücher in der Gegend herumstehen.
- Idealerweise kann eine dauerhaft erhöhte, geförderte Wohnbauleistung auch Preisdruck aus dem freien Miet- und Wohnungsmarkt nehmen.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- **Zur Unterstützung des geförderten Wohnbaus soll den Ländern dauerhaft eine zweckgebundene Wohnbau-Milliarde zugewiesen werden. Die vollständige Abrufung dieses Anteils soll nur unter der Vorgabe der Aufrechterhaltung der bisherigen Wohnbauförderungsausgaben ermöglicht werden.**
- **Die Wohnbauinvestitionsbank soll reaktiviert werden, um den geförderten Wohnbau weiter zu vergünstigen, zB mit niedrigen Zinssätzen. Mit Bundeshaftungen kann jener Teil der Finanzierungen im geförderten Wohnbau vergünstigt werden, der nicht aus dem Wohnbaufördertopf kommt.**
- **Wohnbauförderung nur für gemeinnützige Bauvereinigungen. Geförderte Mietwohnungen sollen nur mehr von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet werden können. Damit können eine dauerhafte Preisbindung und wiederholt unbefristete Wiedervermietungen dieser mit Steuergeld geförderten Wohnungen gesichert werden.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich